STADT STEIN AM RHEIN

Sitzung 03/18 des Einwohnerrates

Freitag, 22. Juni 2018, 20.00 – 23.00 Uhr
Bürgerasyl, Jakob und Emma Windler-Saal

Vorsitz:	Derrer	Jörg	SP	Präsident
Anwesend:	Einwohnerrat			
	Altmann	Boris	parteilos	Stimmenzähler
	Dean Wüthrich	Cornelia	SP	
	Derrer	Jörg	SP	
	Leu	Beat	Freie Liste	Vizepräsident
	Käser	Werner	FDP	
	Marchetto	Gian Luca	SVP	
	Metzger	Ruth	SVP	
	Ochsner	Daniel	SVP	Stimmenzähler
	Schäffeler	René	FDP	
	Spalinger	Nadja	parteilos	
	Spescha	Peter	SP	
	Vetterli	Ruedi	parteilos	
	Waldvogel	Marcel	parteilos	
	Stadtrat			
	Bandixen	Sönke	Stadtpräsident, Bildungsreferent	
	Sigrist	Karin	Finanzreferentin	
	Gemperle	Christian	Baureferent	
	Schnarwiler	Thomas	Werk- und Sicherheitsreferent	
	Ullmann	Corinne	Sozialreferentin	
	Verwaltung			
	Bühler	Ernst	Stadtschreiber	
	Grötchen	Robert	Weibel	
	Furger	Martin	Zentralverwaltung	
	Aulisio	Apollonia	Zentralverwaltung	
Entschuldigt:	Götz	Claudio	Pro Stein	Aktuar
	Vetterli	Markus	SP	
	Bänninger	Karina	Präsidentin GPK	
Protokoll:	Good	Simone	Protokollführerin	

Traktanden

9. Protokollgenehmigung
10. Jahresrechnung 2017
11. Kenntnisnahme Finanzplan 2018 - 2022
12. Einführung Altstadt-Bauberatungsstelle; Genehmigung Bruttokredit von jährlich CHF 40‘000 für drei Jahre
13. Antrag auf Erhöhung der Entschädigung für das Schulpräsidium
14. Allgemeine Umfrage

Einwohnerratspräsident Jörg Derrer eröffnet die Sitzung um 20.00 Uhr und begrüsst die Anwesenden. Als Weibel ist Robert Grötchen anwesend. Die heutige Protokollführerin ist Simone Good

Anwesenheitskontrolle:	Anwesend: 12 Entschuldigt: 2
	Absolutes mehr ist 7
Stimmenzähler:	Boris Altmann Daniel Ochsner

Zur Traktandenliste
Die Traktanden mit der Einladung haben die Mitglieder fristgerecht erhalten. Einwohnerratspräsident Jörg Derrer, SP, fragt nach Änderungsanträgen. Keine Änderungsanträge vorhanden. Die Traktandenliste wird genehmigt. – Im Weiteren gibt der Einwohnerratspräsident Jörg Derrer, SP, das Eintreten bekannt.
- Dritte Fraktion
- Bürgerliche Fraktion
- SP Fraktion

Die Traktandenliste wird genehmigt.

INNERES, Einwohnerrat, Einwohnerrat **03.20.000**

9. Protokollgenehmigung
Korrekturen: S.13 „Peter Spescha fehlt, **Markus Vetterli SP:** S. 21 Abs 1 HRM 2 statt Highline. **Peter Spescha SP:** S. 30, zweitoberster Abschnitt, letzter Satz streichen, wurde nicht so gesagt.

Das Protokoll der Sitzung vom 06.04.2018 wird genehmigt.

INNERES, Einwohnerrat, Einwohnerrat **03.20.000**

FINANZEN, Stadtkasse, Jahresrechnung **02.25.010**

10. Jahresrechnung 2017

Jörg Derrer, SP, dankt Peter Keller für den Jahresbericht vom Alterszentrum und den Tätigkeitsbericht der Spitex.

Karin Sigrist, Finanzreferentin, zur Jahresrechnung: Eine erfreuliche Jahresrechnung kann präsentiert werden. Erhöhte Steuereinnahmen und Landverkäufe konnten dieses Ergebnis positiv unterstützen. Der Ertragsüberschuss von insgesamt 0.6 Mio soll in die finanzpolitische Reserve fliessen. Die finanzpolitische Reserve ist ein neues Instrument im HMR2, welches bereits angewendet werden darf. Ein Antrag dazu an den Einwohnerrat wird noch gestellt.
Der Turnaround wurde erreicht. Der Vorgängerfinanzplan prognostizierte 35Mio für das Jahr 2018, wir konnten die Zahl aber unter 27Mio halten. Ausserordentliche Abschreibungen für den Bahnhof konnten getätigt werden. Im Stadtentwicklungsfonds konnte aus den Landverkäufen von 0.43Mio eine erste Verbuchung getätigt werden. Sie verdankt Martin Furger für den super Schlussspurt. Der Stadtrat wünscht Apollonia Aulisio viel Erfolg im neuen Amt. Grossser Dank geht auch an die Jakob und Emma Windler-Stiftung.

Marcel Waldvogel, parteilos, liest den Bericht der GPK: Der Jahresbericht wurde von der GPK finanzpolitisch und finanztechnisch geprüft. Wir prüften in mehreren Sitzungen die Kosten und Angaben der Jahresrechnung auf Basis von Stichproben. Unsere Arbeiten haben wir in Einbezug des Finanzhaushaltgesetzes und des Gemeindegesetzes des Kt. Schaffhausens sowie des Geschäftsordnungs- und Organisationsreglements des Steiner Stadtrates durchgeführt. Prüfungsergebnis: bei unserer Revision sind wir auf keine Sachverhalte gestossen, die nicht der gesetzlichen Grundlagen entsprechen. Wir beantragen dem Einwohnerrat, die per 31.12. 2017 abgeschlossene Rechnung sei zu genehmigen.

Eintreten:

Marcel Waldvogel, parteilos: Der Jahresbericht ist aus seiner Sicht in Ordnung. Bewertet den Überschuss positiv, weist darauf hin, dass im Überschuss Einnahmen sind, welche nicht budgetiert wurden. Zu diesem Punkt wird er im Traktandum „Finanzplan“ noch etwas sagen.

Gian Luca Marchetto, SVP: Ein ausserordentliches Jahr, welches durch Einnahmen wie Landverkäufe und Steuereinnahmen positiv abgeschlossen werden kann. Dankt dem Stadtrat für das tolle Resultat. Verweist auf die nach wie vor sehr hohe Verschuldung. Die Verschuldung darf nicht ausser Acht gelassen werden. Wie bereits erwähnt, konnten dank dem tollen Resultat 800‘000.- abgeschrieben werden. Dankt der Verwaltung, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt, der Jakob und Emma Windler-Stiftung und dem Zentralverwalter Martin Furger und seinem Team für seine Arbeit und Hilfe. Apollonia Aulisio wünscht er einen guten Start.

Peter Spescha, SP, freut sich über die höheren Steuereinnahmen, warnt aber auch vor Mehrausgaben z.B. beim Kindergarten und Schule. Dankt dem Stadtrat, der Zentralverwaltung und der Jakob und Emma Windler-Stiftung für ihre Unterstützung.

Fragen der Fraktionen zur Jahresrechnung

Jörg Derrer, SP: Informiert zum Vorgehen der Detailberatung, resp. der vorbereiteten Frageliste, welche vom Büro Einwohnerrat zur effizienten Abwicklung an alle verschickt wurde. Die SP Fraktion lehnt dieses Vorgehen ab und bevorzugt eine Seite um Seite Behandlung.

Werner Käser, FDP: fügt seine persönliche Bemerkung an: *Mit Befremden habe ich von der neuen Vorgabe des Ratsbüros Kenntnis genommen, dass Fragen zu einzelnen Positionen im Vorfeld schriftlich zu stellen seien. Zwar finde ich das seitenweise Durchblättern der 100seitigen Rechnung auch nicht besonders spannend, aber ich habe grosse Bedenken gegen die Verlagerung der Ratsdebatte ins Internet. Hier und heute, in diesem Raum, tagt das Parlament, und hier sind die Diskussionen zu führen! Einem möglichen, noch nicht garantierten effizienz-Gewinn steht ein Verlust an Transparenz und Austausch gegenüber. Die Bürgerinnen und Bürger in den Besucherreihen haben ein Recht auf die volle Debatte und wir Einwohnerräte haben das Recht und die Pflicht, uns mit den Argumenten der anderen Fraktionen auseinander zu setzen und zwar hier im Plenum und nicht auf dem Korrespondenzwege. Ich hoffe, dass es bei diesem einmaligen Versuch bleibt und ganz sicher nicht eine Neuauflage bei der Beratung des Budgets angestrebt wird!*

Beat Leu, Freie Liste, fragt zum Bereich „Jahresziele d. Stadtrates 2017, S.8; Prio. der Massnahmen Alterskonzept Stein am Rhein ist erfolgt; Bewertung: Ist aus Zeitgründen nicht möglich gewesen"; wurde dies inzwischen erledigt? Wenn nicht, bis wann wird es erledigt?
Antwort Stadtrat: Das Sozialreferat ist daran, die Leitlinien und Massnahmen gemäss Altersleitbild zu priorisieren und umzusetzen (Konzept), nachfolgend ein Auszug aus dem Altersleitbild:
Lebensformen
- Unterstützung zu Hause: bedarfsgerechte Sicherstellung
- Begleitetes Wohnen: Umsetzung Projekt Fridau
- Betreutes Wohnen: Bedarfs- und Ressourcenerhebung; Konzepterarbeitung; Umsetzung
- Alterszentrum: Anpassung, Ausbau
- Armut im Alter: Sensibilisierung und Früherfassung, persönliche und finanzielle Unterstützung im Bedarfsfall
- Demenzerkrankungen: Situations- und Bedarfsanalyse, Prüfen regionaler Kooperationen im Rahmen einer Strategieentwicklung, Förderung von Projekten anhand festgelegter Kriterien
- Suchterkrankungen im Alter: Sensibilisierung und Information von Organisationen, Schlüsselpersonen und Öffentlichkeit in Zusammenarbeit mit VJPS (Fachstelle für Gesundheitsförderung, Prävention und Suchtberatung)

Selbsthilfe, Nachbarschaftshilfe
- Vermittlungs- und Koordinationsstelle: Aufbau bzw. Beteiligung an regionaler Koordinationsstelle für Freiwilligen-/Nachbarschaftshilfe, Zusammenarbeit mit Freiwilligenorganisationen wie Benevol

- Besuchsdienst: Aufbau eines Angebots für präventive Hausbesuche mit Fachorganisationen und Freiwilligen; Früherfassung von Armut, Vermittlung von Hilfeangeboten

Das Sozialreferat arbeitet intensiv beim Projekt „Begleitetes Wohnen“ der Genossenschaft Alterswohnungen mit und plant eine Arbeitsgruppe zur Bedarfs- und Ressourcenerhebung zu „Betreutes Wohnen“. Eine wichtige Grundlage dazu ist das „Wohn und Pflegemodell 2030 von Curaviva Schweiz“.
Parallel dazu ist das Sozialreferat daran, die ambulante Versorgung weiter bedarfsgerecht zu stärken, sowie die Zusammenarbeit mit Fachorganisationen und Freiwilligen auszubauen und zu unterstützen.

Beat Leu, Freie Liste: Die Frage „bis wann“ wurde nicht beantwortet
Corinne Ullmann, Sozialreferentin: Wir sind daran, einiges musste umorganisiert werden, nächste Woche findet eine Sitzung statt mit Priorisieren. Die einzelnen Projekte werden vernetzt. Termine, bis wann die Projekte umgesetzt werden, kann ich keine geben. Die Umsetzung findet laufend statt.

Peter Spescha, SP: S. 37: Auf diese Liste habe ich letztes Jahr schon angesprochen, im Vorjahr hatten wir 40 nicht abgeschlossene Projekte, heute sind es 23. Letztes Jahr wurde mitgeteilt, dass diese Liste bis Mitte 2018 abgearbeitet ist. Ich gehe davon aus, dass diese Übersicht von Mitte Dezember 17 ist, sind per heute noch weitere Projekte abgeschlossen?
Karin Sigrist, Finanzreferat: Der Trend ist erkennbar. Eine Abarbeitung findet statt. Definitive Zahlen können wir nicht geben.

Peter Spescha, SP: 2. Punkt zur Schutzzonenausscheidung: Die Gewässerschutzverordnung ist seit 1999 in Kraft und wurde schon mehrere Male besprochen, ist die Stadt da schon weiter?
Christian Gemperle, Baureferent: Wir sind noch nicht fertig, sind aber mit den Bauern in Verhandlung.

Karin Sigrist, Finanzreferat: S. 47 Ergänzung Anträge: Dem Einwohnerrat wird beantragt, die Zuweisung des Ertragsüberschusses von 597‘473.64 in die finanzpolitische Reserve für den Schuldenabbau zu nehmen. Dieser Antrag muss auch vom Einwohnerrat speziell beschlossen werden und sollte richtigerweise auch auf S.47 stehen. (Ist auf S. 45 enthalten).
Jörg Derrer, SP: Das ist ok, tragen wir „buchhalterisch“ nach.

Werner Käser, FDP: zu S. 50, Bereich 022, Konto 431.00, Die Gebühren scheinen exorbitant hoch. Sofern sie mehr als die effektiven Kosten decken, sind es Steuern, nicht Gebühren. Besteht hier eine Überdeckung?
Antwort Stadtrat: Die Einbürgerungsgebühren sind gesetzlich festgesetzt (Art. 15 – 17 kant. Bürgerrechtsgesetz; LS 141.100): ordentliche Einbürgerung je CHF 1‘000.- für Gemeinde und Kanton. Aufgrund der Aufarbeitung der Pendenzen ist der Gebührenertrag höher ausgefallen.

Cornelia Dean, SP: S. 53, Bereich 306.00, Weshalb ist die Lehrstelle Bauamt nicht besetzt?
Thomas Schnarwiler, Werkreferent: Momentan ist einer weniger, es waren 2 Lehrlinge.

Ernst Bühler, Stadtschreiber: Der Lernende hat die 2-jährige Lehre abgeschlossen und macht noch eine Zusatzlehre.

Werner Käser, FDP, zu S. 54, Bereich 08, Konto 301.01, Gehe ich recht in der Annahme, dass auch zukünftig mit massiv höheren Rentenzahlungen zu rechnen ist?
Antwort Stadtrat: Aktuell beziehen 5 Personen eine Übergangsrente der Stadt. Es handelt sich um 2 ehemalige Lehrpersonen, 2 ehemalige Mitarbeitende des Alterszentrums sowie einen früheren Mitarbeitenden der Verwaltung. Eine Person erreicht im September 2018 das ordentliche Pensionsalter. Die Höhe der Übergangsrente richtet sich nach der Übergansrentenverordnung des Kantons. Sie entspricht seit dem 1. Januar 2017 bei voller Beschäftigung 75 % der minimalen einfachen AHV-Altersrente. Siehe auch 028.301.01 unten.

René Schäffeler, FDP: Sind Massnahmen zur Begrenzung der Kosten für Frühpensionierung geplant?
Antwort Stadtrat: Die heutigen Übergangsrenten werden auf der Grundlage einer minimalen einfachen AHV-Altersrente berechnet. Im Rahmen des kantonalen Entlastungsprogrammes EP2014 wurde die Übergangsrente auf 75 % der einfachen AHV-Rente gekürzt. In der Regel sind die Übergansrenten durch die tieferen Anfangsbesoldungen bei Neuanstellungen finanziert.

Peter Spescha, SP: S.55 Bereich 301.11: Im Jahre 2013 bis heute wurde die Bauverwaltung auf 400 Stellenprozent erhöht. Man sprach damals von Einsparungen bis zu 15‘000.- CHF. Im Jahr 2017 wurden 21‘000.- CHF ausgewiesen, im Vorjahr waren es 31‘000.-. Werden weniger Baugesuche auswärts bearbeitet?
Karin Sigrist, Finanzreferat: Ein komplizierter Schlüssel der Besoldungsrechnungen. Weniger Kosten bedeutet, dass weniger Arbeit angefallen ist, kann das aber nicht detailliert begründen.

Peter Spescha, SP: S. 54 Bereich 028, 319.00: Versch. Ausgaben: was ist da enthalten?
Karin Sigrist, Finanzreferentin: Kann nicht sagen, was in diesem Posten gebucht wurde, im HMR2 werden die Besoldungen künftig besser dargestellt.

Peter Spescha, SP: 150‘000.- wurden nicht eingespart.
Ernst Bühler, Stadtschreiber: Es gab viele Baurekurse
Peter Spescha, SP bemerkt, dass die 10‘000.- noch nicht eingespart wurden.

Cornelia Dean, SP: S. 59 106, 434.01: Geplante Anpassungen für Markt- und Vermietungsgebühren wurden noch nicht umgesetzt, per wann?
Ernst Bühler, Stadtschreiber: Im 2. Semester werden die gesamte Gebühren angepasst. Ist von den Beträgen marginal.

Werner Käser, FDP, S. 59, Bereich 106, Konto 434.01: Bis wann muss mit der Anpassung der Marktgebühren gerechnet werden? Für eine lebendige Stadt hoffe ich auf eine moderate Erhöhung.
Antwort Stadtrat: Aus Kapazitätsgründen mussten andere Prioritäten gesetzt werden, denn die möglichen Mehreinnahmen sind nur marginal. Deswegen werden die Marktgebühren mit der Gesamtrevision der kommunalen Gebührenverordnung überarbeitet.

Gian Luca Marchetto, SVP: S. 60/61, Position 140, Feuerwehr/Gemeindebeitrag an Feuerwehrverband; wie weit ist die Feuerwehrverbandsgründung im oberen Kantonsteil? Diese Verbandsgründung wurde von der Feuerwehr beschlossen, als ich noch Präsident war. Es interessiert mich auch, ob Etzwilen bezahlt hat.
Karin Sigrist, Finanzreferentin: Ein Verband ist wünschbar. Sie weist darauf hin, dass es aber 2 Partner braucht, die das wollen. Gespräche zu diesem Thema laufen und Berechnungen wurden angestellt. Der Stadtrat ist sich aber bewusst, dass wir auf dem Einigungsweg nicht zum Ziel kommen, da es Ramsen mehr kosten würde. Die Regierungsräte Thurgau und Schaffhausen sind in Kenntnis. Sie wissen, dass wir Verträge brauchen für die Stützpunkt Feuerwehr, welche im Kt. TG gesetzlich verankert ist, benutzt wird und nicht bezahlt ist. Das Thema ist in Bearbeitung, es ist aber nicht einfach für eine Kommune, alleine Verträge über die Kantonsgrenze zu regeln.
Gian Luca Marcheto, SVP: Ein Thema ist die Gründung des oberen Kantonsteils, und das Andere ist die Rechnung über die Kantonsgrenze, welche noch offen ist.
Karin Sigrist, Finanzreferentin: Diese Themen gehören alle zusammen. Die Kantone sind informiert und müssen uns unterstützen.
Gian Luca Marcheto, SVP: Was können wir unternehmen, dass wir einen Schritt weiterkommen?
Ernst Bühler, Stadtschreiber: Betreffend Rechnung sind wir vor Gericht, das liegt momentan beim Regierungsrat, sie sind daran, die Daten aufzuarbeiten. Es fehlen Verträge zwischen den Kantonen TG und SH, ebenfalls bei der SBB. Es wurde verfügt, dass die SBB zahlen muss, das ist aber noch offen. In der Feuerwehr wurde eine Arbeitsgruppe gebildet, die dieses Thema weiter verfolgt, damit wir für die Gemeinden Eschenz und Wagenhausen Stützpunkt sein sollten und entsprechend auch bezahlt werden. Momentan haben wir eine Quasi Stützpunkt Feuerwehr. Wir erhalten von der Gebäudeversicherung alle Autos, das ist üblich, wir brauchen aber auch mehr Infrastruktur, Material etc. und müssen entsprechend bezahlt werden.
Gian Luca Marchetto, SVP fragt nach einem Zeitrahmen
Ernst Bühler, Stadtschreiber informiert, dass man einen Entscheid in diesem Jahr erwarten kann. Zum Thema Zusammenschluss darf man übernächstes Jahr weitere Massnahmen erwarten.
Marcel Waldvogel, parteilos: Gibt es Möglichkeiten, etwas beizutragen, für eine rasche Umsetzung?
Stadtpräsident Sönke Bandixen: Verbände zu gründen findet auf Gemeindeebene statt. Eine Verbandsgründung ist ein grosser politischer und juristischer Schritt. Der Kanton hält sich zurück, hilft technisch bei Einigkeit, aber nicht politisch. Ramsen und Buch kann das einfach lösen, Stein am Rhein und Hemishofen auch, die zwei Gemeinden zusammenzubringen zu einem oberen Kantonsteil ist schwierig. Der Kanton subventioniert die Feuerwehr zu 85 % (Anschaffungen, Besoldung, Betrieb). Wenn Gemeinden mehr selber zahlen müssten, würde das sehr rasch zu einer Entscheidung führen. Die Zusammenlegung der Feuerwehr ist oft auch als Vorstufe zur Zusammenlegung einer politischen Gemeinde gesehen, das macht das Thema zusätzlich schwierig und politisch heikel.

René Schäffeler, FDP, zu S. 63, Bereich 200, Konto 316.00, Warum werden monatliche Kompensationszahlungen im Zusammenhang mit dem Kindergarten Lieb bezahlt?
Antwort Stadtrat: Frau Lieb hat ein Nutzungsrecht an der Liegenschaft, weshalb ihr die Mietzinseinnahmen zufallen. Für den Neubau des Kindergartens Mühlibach wurde das Mietgrundstück Lieb verkleinert, weshalb Frau Lieb die Miete für ihren Mieter reduzieren musste. Diesen Mietzinsausfall muss die Stadt kompensieren, was vertraglich

vereinbart ist. Im Gegenzug konnte der Kindergarten im Grundstück optimal angeordnet werden.

Werner Käser, FDP, zu S.63, Bereich 210, Konto 301.05, ist unter „Besoldung Schulleitung“ nur der Lohn der Schulleitung oder auch das Sekretariat enthalten. Wie teilen sich diese Posten auf?
Antwort Stadtrat: Das Schulsekretariat ist Bestandteil der Schulleitung. Der Einwohnerrat bewilligte letztmalig am 18. Dezember 2017 mit dem Stellenplan ein Gesamtpensum von 160 Prozent für die Schulleitung.
Werner Käser, FDP will die Aufteilung der Beträge für SL und Sekretariat wissen.
Ernst Bühler, Stadtschreiber: Es sind 2 Stellen, die Aufteilung wird nicht bekanntgegeben.

Werner Käser, FDP, zu S. 63, Bereich 210, Konto 314.00: Derzeit finden Unterrichtsstunden der Musikschule dezentral, z.B. im Kirchgemeindehaus der Burg statt. Sieht sich die Stadt nicht in der Pflicht, den benötigten Schulraum zu schaffen?
Antwort Stadtrat: Der Musikunterricht wird durch verschiedene private Anbieter erteilt. Von Gesetzes wegen werden die Kosten zwischen dem Kanton und den Gemeinden aufgeteilt. – Soweit möglich werden von der Stadt Musikzimmer zur Verfügung gestellt, doch stösst sie oft an Grenzen, weshalb auch auswärtige Lösungen gefunden werden müssen. – Die Stadt ist zur Mitfinanzierung des Musikunterrichts verpflichtet, aber nicht zur Beschaffung der entsprechenden Schulungsräume.

Cornelia Dean, SP: S.67 Bereich 293, Konto 365.00: der geplante Deutschkurs f. Fremdsprachige wurde nicht durchgeführt, weshalb?
Corinne Ullmann, Sozialreferentin: Beschluss vom Stadtrat im 2016, weil es nicht so gelaufen ist, wie es laufen sollte; Es sind hohe Kosten angefallen, die Mütter kamen sehr unregelmässig oder gar nicht. Nächstes Jahr wird wieder ein Kurs organisiert.

Cornelia Dean, SP: S. 70, Bereich 309, Konto 319.03: öffentliche Dekoration Brunnen: Voranschlag war 2000.- warum wurden nur 710.- gebraucht?
Martin Furger, Zentralverwaltung: Im 2017 wurden nur noch 2 Brunnen dekoriert, deshalb war der Aufwand geringer, dieses Jahr werden aber wieder 3 Brunnen dekoriert.

René Schäffeler, FDP, zu S. 72, Bereich 340, Konto 423.00: die Pachtzinseinnahmen sind tief, ist eine Anpassung bei der nächsten Vertragsverlängerung geplant?
Antwort Stadtrat: Es besteht ein Pachtvertrag, der frühestens per 31.12.2018 kündbar ist. Die Höhe des Pachtzinses hängt vom Umsatz ab. Die Umsatzmiete ist branchenüblich vereinbart. Damit verknüpft ist heute die Badeaufsicht und der Unterhalt der Badeanlagen (Garderoben, Kinderbädli usf.).
Peter Spescha, SP: 2016 Kosten v. Strom und Wasser 14‘000.-, 2017: 15‘000.-, wieso sind die Kosten höher, es gab im 2017 keine Sanierung mehr, welche die Mehrkosten erklärt.
Antwort Stadtrat: Wird auf nächste Sitzung abgeklärt.
Peter Spescha, SP: 2016 war eine schlechte Badesaison, 2017 war aber gut, wieso ist 2017 der Umsatz kleiner?
Karin Sigrist, Finanzvorsteherin: im 2016 waren viele Veranstaltungen, im 2017 weniger.
Peter Spescha, SP: hat nicht den Eindruck, dass wir jetzt günstiger sind im Riipark.

Karin Sigrist, Finanzvorsteherin: Die Pumpe im Kinderbädli hatte ein Problem und die Kühlschränke mussten ersetzt werden. Ev. haben diese Vorfälle noch zusätzlich Strom gekostet.
Peter Spescha, SP: bittet um genaue Abklärung.

René Schäffeler, FDP: zu S. 72, Bereich 342, Konto 301.00: Warum liegt dieser Betrag wesentlich über Budget und Vorjahr (bitte in Zukunft Entschädigung und Lohnverrechnung aufteilen)?
Claudio Götz, Pro Stein: Gemäss Konto 025.031.11: beträgt der Anteil an den Besoldungen CHF 26‘600.-. Mit einem geschätzten internen Leistungsverrechnungsansatz von 120.- wären dies ca. 5 ½ Wochen an rapportierten Aufwänden. Dies erscheint mir als sehr hoch. Wie gedenkt der Stadtrat diese Aufwände zu senken, zumal im Budget 2018 ein Gesamtbetrag von CHF 1‘000.- an Besoldungen vorgesehen ist?
Antwort Stadtrat: Die kommunalen Rechtsgrundlagen der Kleinschifffahrt wurden umfassend neu geordnet. In der Folge wurde vom Stadtrat die Bootsliegeplatzkommission eingesetzt, welche für die Umsetzung der neuen Rechtsgrundlagen besorgt ist. Teils sind Rechnungen von 2016 und 2017 enthalten. In diesem Zuge musste die Übersicht gewonnen und die Stammdaten komplett überarbeitet und die Dossiers neu geordnet werden. Ausserdem musste die Gebührenerhöhung umgesetzt werden, was zu markanten Mehraufwänden führte. Mittlerweile ist die Verwaltung der Bootsliegeplätze wieder in die Stadtverwaltung eingegliedert. Die internen Kosten sollten zukünftig wieder zurückgehen. Im Grundsatz werden die baulichen Unterhaltskosten sowie die dafür notwendigen organisatorischen Kosten steigen, da die veraltete Infrastruktur sehr anfällig ist, womit die Personalkosten nicht mehr den früheren Stand erreichen werden.

Werne Käser, FDP: S. 92, Bereich 720, Konto 318.01: Inwieweit ist die Aufhebung des Kompostierplatzes (Einsparung unter 314.01) Ursache für den massiv höheren Betrag für die Grüngutentsorgung?
Antwort Stadtrat: Der frühere Kompostierplatz bei der Kläranlage wurde per 30. Juni 2017 aufgehoben. Tatsächlich wird seither deutlich mehr Grüngut in den öffentlichen Grünmulden der Stadt deponiert. Diese Entwicklung ist unerfreulich. Bei der Firma TIT Imhof AG befindet sich ein Annahmeplatz für Einwohnerinnen und Einwohner von Stein am Rhein, wo Grüngut nach wie vor kostenlos deponiert werden kann. Die heutige Lösung mit den Grünmulden entspricht nicht dem Verursacherprinzip und den gesetzlichen Vorgaben. Ein neues Entsorgungskonzept für Grüngut ist in Arbeit.
Stadtpräsident Sönke Bandixen: Die heutige Lösung entspricht nicht den Vorgaben des Kantons, die Grüngutabfuhr muss nach dem Verursacherprinzip verrechnet und nicht über die Steuern abgerechnet werden.

Cornelia Dean, SP: S. 94, Bereich 790, Konto 318.01 Leitbild: Da waren keine Ausgaben im 2017, alle 2 Jahre sollte ein Monitoring gemacht werden, wird das noch gemacht?.
Karin Sigrist, Finanzvorsteherin: Wir haben erst die neuen Legislaturziele erstellt. Eine Anpassung jetzt schon wäre etwas früh, da die neue Legislatur erst begonnen hat.
Ernst Bühler, Stadtschreiber: Mit den Legislaturzielen wurde bereits ein Teil umgesetzt, dh. die Umsetzung der Legislaturziele kann als vereinfachtes Monitoring gelten.

Werner Käser, FDP: S. 95, Bereich 740, Konto 314.01: Durch welche Pflanzen wurden die zünslerbefallen Buchsbüsche ersetzt? Hoffentlich nicht wieder mit Buchs?
Antwort Stadtrat: die Buchs-Büsche wurden durch Schneeball-Sträucher ersetzt. Wir sind bestrebt, bei Gelegenheiten die Friedhofgestaltung zugunsten der Insekten und Vögel aufzuwerten.

Cornelia Dean, SP: S.96 Bereich 810, Konto 301.00 Förster geht in Pension, wie wird er ersetzt?
Thomas Schnarwiler, Werkreferent: Der Förster wird 2019 pensioniert. Wir sind mit anderen Gemeinden daran einen Nachfolger zu bestimmen, so wie heute.

Werner Käser, FDP: S. 108, Bereich 990, Konto 331.00: Es fallen die massiv höheren Abschreibungen auf, bei dieser und anderen Positionen. Wäre ohne diese Abschreibungen der Rechnungsüberschuss zu hoch ausgefallen?
Antwort Stadtrat: Die vorgenommenen Abschreibungen entsprechen den gesetzlichen Vorgaben gemäss Art. 84, Abs. 2 des Gemeindegesetzes. Zusätzliche Abschreibungen wurden vorgenommen für die Bahnhofsanierung (CHF 800‘000.-) und für Restwerte unter CHF 20‘000.- bei der erwähnten Position haben nicht geplante Verkehrsprojekte (z.B. Trottoir Eschenzerstrasse) zu erhöhten Abschreibungen geführt. Die Abschreibungen für Parkierungsanlagen werden dem Parkplatzfonds belastet (interne Verrechnung siehe 990.490.05).
Stadtpräsident Sönke Bandixen: Das ist das letzte Jahr, in welchem wir im Kt. SH nach HMR1 abrechnen und somit die letzte Möglichkeit, nicht budgetierte, ausserordentliche Abschreibungen zu tätigen. Es handelt sich um die 800‘000.-, welche die Finanzreferentin eingangs erklärt hatte.
Karin Sigrist, Finanzreferentin: *ergänzt:* Die oben erwähnten Abschreibungen sind die ordentlichen. Ausserordentlich sind nur die 800‘000.-. *Korrigiert*: nächstes Jahr werden diese Abschreiben noch zum letzten Mal gebraucht, das heisst in der Rechnung 2018.

Peter Spescha, SP: S.118 Weihnachtsbeleuchtung: Ersatz war budgetiert, um die Betriebskosten zu senken, warum wurde das nicht umgesetzt.
Karin Sigrist, Finanzreferentin: hat sich verschoben auf nächstes Jahr.

Cornelia Dean, SP: S.120, 570.503.10 Bauliche Erweiterung und Verbesserungen; Verb. 1.7Mio Voranschlag, 198‘000.- wurde gebraucht. Warum ist das so und was kosten die Verzögerungen?
Corinne Ullmann, Sozialreferentin: Aufgrund einer Einsprache gab es eine Verzögerung von einem Jahr.
Christian Gemperle, Baureferent: Aufgrund der Einsprache waren uns die Hände gebunden. Einige Sanierungsarbeiten konnten aber schon vorgezogen werden.
Peter Spescha, SP: Baugesuch ist jetzt raus
Christian Gemperle, Baureferent: Baugesuch ist von der Gemeinde genehmigt und momentan beim Kanton. Wir erwarten eine Genehmigung in ca. 1 Monat.

Cornelia Dean, SP: S.122, 620.501.87 Degerfelderstrasse 200‘000.- CHF budgetiert. Ist geplant auf 2018. Gibt es ein Termin für dieses Trottoir.
Thomas Schnarwiler, Werkreferent: Wir sind in Planung, das Trottoir sollte noch 2018 erstellt werden.

Karin Sigrist, Finanzreferentin: S.132 ganz unten, die neue finanzpolitische Reserve ist da gebucht.

Marcel Waldvogel, parteilos: S. 138, Finanzvermögen Übersicht: Wieso sind Reben nur mit je rund 10 Rappen verbucht?
Antwort Stadtrat: Im Zuge der Einführung von HRM2 müssen die Anlagen des Finanzvermögens neu bewertet werden. Die Bewertung erfolgt gemäss Art. 30 des Finanzhaushaltgesetzes zum Nominalwert. Die Einführung von HRM2 ist per Rechnungsjahr 2019 vorgesehen. Die heutigen Buchwerte entsprechen der früheren Bewertung, die teilweise auf den Ertragswerten basiert.

Marcel Waldvogel, parteilos: S.138 Finanzvermögen Übersicht. Wieso haben etliche Grundstücke keinen Wert?
Antwort Stadtrat: Die Neubewertung erfolgt mit der Einführung von HRM2 per Rechnungsjahr 2019. Gleichzeitig wird auch eine Beurteilung in Bezug auf die Zuweisung nicht veräusserbarer Kulturliegenschaften zum Verwaltungsvermögen vorgenommen.

Karin Sigrist, Finanzreferentin: S. 146 neuer Stadtentwicklungsfonds, alle Fonds werden aufgelistet 2191.15; 403‘000.- sind dort eingebucht worden.

Cornelia Dean, SP: S, 145 Parkplatzfonds, Bestand per 31.12.2017: 315‘000.-. Die Parkplatzgestaltung wird laufend mit Steinen statt Pflanzen umgestaltet. Wir hätten aber das Geld, um mehr zu machen mit Blumen, wieso wird das nicht genutzt.
Thomas Schnarwiler, Werkreferent: Parkplatz beim Untertor: dort musste die Abgrenzung ersetzt werden. Steine sind die einfachste und günstigste Lösung. Da diese Lösung nur mittelfristig ist, haben wir uns für die Günstige entschieden.
Im Städtli wurden die Hausbesitzer angefragt, ob sie Kletterpflanzen pflanzen können. Kletterpflanzen greifen die Fassaden an und die Stadt wollte die Verantwortung nicht übernehmen. Die Hausbesitzer mussten ihr o.k. geben

Boris Altmann, parteilos: Hat die Rabatte auf eigene Kosten gemacht. Findet es sehr wichtig, dass die Bepflanzung weiter gefördert wird, da es ein schönes Gesamtbild gibt. Pflanzen statt Steine.

Nadja Spalinger, SP: Ist auch aufgefallen, dass weniger Pflanzen vorhanden sind. Sparen bei Pflanzen ist nicht im Verhältnis zu anderen Posten.

Dem Einwohnerrat wird beantragt:
1. Genehmigung der Jahresrechnung 2017 und der erwähnten Kreditabrechnungen.
Einstimmig angenommen

2. Zuweisung des Ertragsüberschusses von Fr. 597‘473.64 in die finanzpolitische Reserve für den Schuldenabbau.
Einstimmig angenommen

Mitteilung an
mit Protokollauszug:
- Einwohnerrat, Präsident, Jörg Derrer, Bockrain 6, 8260 Stein am Rhein
- GPK, Karina Bänninger, Undergass 22, 8260 Stein am Rhein
- Ablage Ordner Stadtkanzlei
- Ablage

INNERES, Einwohnerrat, Einwohnerrat **03.20.000**

FINANZEN, Stadtkasse, Finanzplan **02.25.020**

11. Kenntnisnahme Finanzplan 2018 - 2022

Karin Sigrist, Finanzreferentin, informiert über das Vorgehen und den Inhalt des Finanzplanes, welcher vergangenen Herbst beauftragt wurde. Ein ausführlicher Finanzplan wurde schon im Dezember 2016 vorgelegt. Mit der Umstellung auf HMR2 wird künftig jährlich ein Finanzplan erstellt werden. Der neue Finanzplan wurde zeitlich passend im Budgetprozess erstellt.
Wie gestaltet man ein solches Papier, was muss abgebildet sein, wie Umfangreich soll der Finanzplan werden? Mit diesen Grundsatzfragen hat sich der Stadtrat auseinandergesetzt. Inputs sind willkommen. Der neue Finanzplan enthält Ausführungen zur Bevölkerungsentwicklung, Steuereinnahmen Entwicklung, Teuerung, Gedanken zu geplanten Investitionen, Fremdverschuldung, sowie zur Entwicklung der laufenden Rechnung in den nächsten 4 Jahren. Die Entwicklung zeigt sich positiv, der Turnaround wurde geschafft, die Fremdverschuldung konnte unter 27Mio gehalten werden. Die Fremdverschuldung soll weiter gesenkt werden. Die Kosten der Schule stagnieren, resp. sind eher sinkend. Es wurde konservativ geplant.
Die Finanzreferentin erklärt die Kosten von Punkt „Umwelt und Raumordnung im 2016“; Diese entstanden mit der Volksinitiative „vor de Brugg“, welche erhöhte Investitionen verursachte. Sie weist darauf hin, dass sich Volksentscheide massiv auf die laufende Rechnung auswirken.
Alle Vorhaben, auch geplante, welche der Stadtrat dem Einwohnerrat noch vorlegen wird, sind im Finanzplan eingerechnet.

Marcel Waldvogel, parteilos: Verdankt Finanzplan. Dieser erlaubt auch dem Einwohnerrat einen Überblick. Kritikpunkte: Basiert auf höchstprognostizierten Steuereinnahmen, diese sind aber nicht wirklich zu erwarten. In der Version vor 1 ½ Jahren stand auch, dass die Fremdverschuldung abgebaut wird. Diese ist zwar nicht gestiegen, geht aber flach weiter. Weist darauf hin, dass die Fremdverschuldung nur ein Wert ist, welcher nicht abgearbeitet wird mit dem Verkauf von Bestehendem. Die stagnierenden Kosten bewertet er als erfreulich. Fragt sich, welche Mehrwerte wir als Steuerzahler haben, bei den höheren Verwaltungskosten. Die Zeichen seitens Stadtrat, dass sich die Schulkosten stabilisieren, bewertet er positiv. Marcel Waldvogel empfiehlt Schulden abzubauen, Ausgaben abzubauen ohne die Handlungsfreiheit einzuschränken.

René Schäffeler, FDP: Ist nicht mit allem ganz einverstanden. Die höheren Investitionen in den nächsten 2 Jahren sind vielfach Projekte, welche schon lange beschlossen wurden und nun auch kurzfristig zu einer Erhöhung der Fremdverschuldung führen. Die zweite Hälfte in den nächsten 5 Jahren ist jedoch restriktiver, was er positiv wertet. Er weist darauf hin, dass bei diversen Punkten Beiträge erwartet werden, welche sich auf die Rechnung bei Nichteintreten negativ auswirken. Die Aufteilung Investitionsplan ist sehr hilfreich. Weist auf die Finanzierung der Fremdverschuldung hin, da gibt es noch viel zu tun. Verkauf von Vermögen ist aus seiner Sicht ein Instrument, das auch eingesetzt werden soll. Auf der Ausgabenseite fallen René Schäffeler die Mehrausgaben in den einzelnen Positionen auf. Bei den Punkten „Massnahmen zur Personalkostenentwicklung“, „Überarbeitung des Besoldungsreglementes“, fehlen noch einige Aussagen.

Peter Spescha, SP: Bemerkt, dass man die Bezeichnung "Parkplatz Untertor" irgendwann streichen und anders beschreiben könnte.

Marcel Waldvogel, parteilos: Fragt, weshalb bei der allgemeinen Verwaltung die Kostenkurve steigt.
Karin Sigrist, Finanzreferentin: begründet dies mit der neuen Software, welche geplant ist.

Mitteilung an
mit Protokollauszug:
- Einwohnerrat, Präsident, Jörg Derrer, Bockrain 6, 8260 Stein am Rhein
- GPK, Karina Bänninger, Undergass 22, 8260 Stein am Rhein
- Ablage Ordner Stadtkanzlei
- Ablage

INNERES, Einwohnerrat, Einwohnerrat **03.20.000**

BAU, Denkmalpflege, Heimatschutz **00.05.000**

12. Einführung Altstadt-Bauberatungsstelle - ABB; Genehmigung Bruttokredit von jährlich CHF 40‘000 für drei Jahre

Stadtpräsident Sönke Bandixen: Der ABB ist einer von 4 Säulen, erarbeitet vom Stadtrat zum Thema „Förderung der Altstadt“. Ziel ist, eine Vereinfachung der Baugesuche in der Altstadt zu erreichen. Die anderen drei Säulen sind Kauf und Umnutzung von Gebäuden mit der Emma und Jakob Windler-Stiftung, die Revision der Baunutzungs- und Boulevardordnung und progressive Rahmenbedingungen. Diese vier Säulen sollen helfen, die Investitionen für Geschäftstätigkeiten in der Altstadt zu sichern und zu fördern. Die ABB Vorlage spricht für sich. Eine Präzisierung: Es tauchen zwei verschiedene Zahlen in Bezug auf die Dauer auf. Im Antrag sind drei Jahre angegeben, der Leistungsvertrag in der Beilage ist auf fünf Jahre ausgelegt. Unser Wunsch war fünf Jahre Finanzierung, die Finanzierung wurde von der Emma und Jakob Windler-Stiftung aber für drei Jahre zugesagt. Somit gilt ein 3 jähriges Mandatsverhältnis für die Stadt ohne Kosten.

Eintreten

Nadja Spalinger, parteilos: *Die 3. Fraktion hat den Antrag und Leistungsvertrag ABB eingehend studiert, sich beraten und Fachpersonen hinzugezogen. Es ist erfreulich, dass die Förderung der Altstadt ein Legislaturschwerpunkt des Stadtrates ist. Ob dies mit der Einführung einer Altstadt-Bauberatungsstelle erreicht wird, wird von uns hinterfragt. Zu Beginn des Dokumentes wird durch den Stadtrat definiert, was zeitgemässes Wohnen ist, unter anderem schwellenfreie Wohnräume, es stellt sich die Frage, ob der Begriff "zeitgemäss" nicht mit Alterswohnen verwechselt wurde. Diese Vermischung von Interessen zieht sich nach unserer Meinung durch das gesamte Dokument. Es werden mehrere Dinge gleichzeitig gewünscht, was die Gefahr birgt, dass das hier aufgeführte Konzept ein hohes Risiko birgt, in der Praxis nicht zu funktionieren. Wie erwähnt, wird zwischen verschiedenen schützenswerten Bauten unterschieden: Objekte von nationaler, kantonaler und regionaler Bedeutung. In letzter Instanz entscheidet bei unserer Altstadt immer die kantonale Denkmalpflege. Darum ist es zeit- und kostensparend, diese so früh wie möglich in das Bauprojekt zu involvieren, ob dies direkt durch den Bauherrn, seinen Architekten, der Bauverwaltung oder einer Viertperson des ABBs geschieht, macht kommunikationstechnisch und interessenstechnisch einen Unterschied. Gemäss Vorlage des Stadtrats soll die ABB den Bauherrn in den Belangen der Denkmalpflege unterstützen und beraten. Im Organigramm wird nicht festgehalten, dass der Bauherr auch direkt mit der Denkmalpflege das Projekt besprechen kann – dieser Pfeil fehlt im Organigramm. Die gesamte Kommunikation wird über den ABB gelöst. Missverständnisse, Mehrkosten und Verzögerungen können auftreten. Um die Beratung des ABB's in Anspruch nehmen zu können, wird vom Bauherren, wie im Leistungsvertrag festgehalten ist, verlangt, ein Dossier der Bauverwaltung einzureichen. In diesem Dossier muss bereits das konkrete Bauprojekt oder eine Machbarkeitsstudie mit Plänen, Abklärungsergebnissen und Gutachten zum Bauvorhaben, sowie konkrete Fragen zum Bauvorhaben betreffend Ortsbild und Denkmalschutz beigelegt werden. Um ein solches Dossier zu erstellen, Pläne zusammen zu suchen, neu zu erstellen, Abklärungen zu treffen, braucht es viel Vorarbeit, man befindet sich schon mitten im Projekt. Dies steht im Gegensatz zu der Aussage, dass die ABB Investitionswilligen in einer früheren Phase der Projektentwicklung eine Einstiegshilfe sein soll. Im Gegenteil, die Auflagen, um Beratung zu erhalten ist abschreckend und bürokratisch. Idealerweise sollte der Bauherr schon vor der Planung eines Umbaus in Kontakt mit der Denkmalpflege stehen. Warum man mit seinen Fragen, die der Bauherr schon für das Dossier zu Handen der Bauverwaltung klar formulieren musste, nicht selbst oder über seinen Architekten die Denkmalpflege anruft und sich Kosten und Zeit spart, sondern über eine Drittperson gehen soll, ist fragwürdig. Die Bauverwaltung hingegen muss diese Dossiers sichten und darüber entscheiden, ob der Bauherr Anrecht auf Beratung hat oder nicht. Um dies entscheiden zu können, braucht es einen definierten Rahmen, auch dieser muss erstellt werden. All dies schafft viel Mehrarbeit für die Bauverwaltung. Auch das Lesen und Verstehen der Aktennotizen und Rapportieren der Dossiers, die indirekte Kommunikation des Bauherren über den ABB verursacht für die Bauverwaltung einen Mehraufwand und schafft noch mehr Schnittstellen für mögliche Missverständnisse. Zudem ist im Leistungsvertrag klar festgehalten, dass die ABB die Interessen der Stadt bei der Durchsetzung der Förderung von zeitgemässem Arbeiten und Wohnen in der Altstadt vertritt. Ob man als Privatperson gerne einen Berater an seiner Seite hat, der die Interessen der Stadt vertritt oder nicht lieber eine unabhängige Person, die dem Bauherrn seine Definition von zeigemässen Wohnen überlässt, sei*

dahingestellt. Es stellt sich das Problem, dass die Stadt das Bedürfnis hat, eine Beratungsstelle zu haben, die der Stadtverwaltung in baurechtlichen Verfahren zur Verfügung steht. Dem ist auch nichts entgegenzuhalten. Nur haben Privatpersonen und Investoren unter Umständen andere Beratungsbedürfnisse oder teilen die Interessen des Stadtrates via ABB nicht. Dies sei hier erwähnt, weil es gut funktionierende und unabhängige Förderungsmassnahmen des Kantons Schaffhausen schon gab, welche von der ersten Minute eines Bau- oder Investitionsvorhabens angefragt werden konnten. Dies war der Immocheck. Der Vorteil des Immocheck war, dass man auf einer Liste ein unabhängiges Architekturbüro anfragen konnte, die einem einen Kurzbeschrieb über den baulichen Zustand der Liegenschaft, die Möglichkeiten der Nutzung und Nutzungsänderungen inklusive der verbundenen baulichen Anpassungen, selbst eine Kostenschätzung und eine zu erwartende Rendite beinhaltete.
Alles Punkte, die für Investoren von grosser Bedeutung sind. Immocheck wurde aus Spargründen vom Kanton eingestellt. Es ist erfreulich, dass die Jakob und Emma Windler-Stiftung die Stadt mit max. CHF 60‘000.- während drei Mandatsjahren für die Beratung unterstützt. Es ist aber kein Grund, die ABB in der Form, wie sie jetzt dasteht, zu unterstützen. Es stellt sich uns die Frage, warum man die erfreuliche Summe nicht verwendet, um das bereits bewährte System des Immochecks wieder ins Leben zu rufen. Laut kantonaler Fachstelle würde dies bei weitem nicht teurer werden und ist für Investoren interessanter und hilfreicher als eine alleinige Beratung in Belangen der Denkmalpflege. Fazit: Es sind mehrere Dinge gleichzeitig gewünscht: eine fachtechnische Beratungsstelle in den Belangen Ortsbild und Denkmalpflege für die Stadt, was nicht dasselbe ist wie eine Unterstützung von privaten Bauherren mit Investitionsfragen. Weiter können Mehrkosten für den Bauherren bei langwierigen Prozessen entstehen. Durch das Erstellen, Bearbeiten, Beurteilen und Abrechnen von Dossiers entsteht Mehraufwand und Mehrkosten, grösserer Zeitaufwand für die Bauverwaltung, es birgt die Gefahr, dass die Bürokratie aufgeblasen wird, was für Investoren sogar abschreckend wirken kann. In letzter Instanz entscheidet die Denkmalpflege. Ein direkter Kontakt zur kantonalen Fachstelle ist essentiell und bewährt. Privatpersonen und Investoren haben unter Umständen andere Beratungsbedürfnisse oder teilen die Interessen des Stadtrates nicht per se. Aus diesen Gründen ist die dritte Fraktion für Nichteintreten und stellt den Antrag auf Rückweisung des Antrages.

Werner Käser, FDP: *Die bürgerliche Fraktion begrüsst grundsätzlich, wenn Bauwilligen das Bauen und Investieren in der Altstadt durch eine kompetente Beratung erleichtert wird. Zur Vorlage „Einführung einer Altstadt-Bauberatungsstelle“ haben wir dennoch ein paar Fragezeichen – etwa zur Finanzierung nach Ablauf der drei von der Jakob und Emma Windler-Stiftung gesponserten Versuchsjahre, zu den Kompetenzen eines solchen Beraters auch gegenüber der Denkmalpflege, zur Diskrepanz zwischen den drei Jahren in der Vorlage und den fünf Jahren Dauer im Entwurf zum Leistungsvertrag und zum behördlichen Aufwand für die Vermittlung eines solchen Beraters. Wir hoffen, der Stadtrat kann uns noch etwas detaillierter Auskunft zu seinen Vorstellungen geben, wie er sich die Arbeit dieser neuen Schnittstelle vorstellt.*
Die bürgerliche Fraktion ist für Eintreten.

Boris Altmann SP: Die SP hätte gerne mehr Details, wie die Schnittstelle konzipiert ist und wie sie zum Heimatschutz passt. Unterstützt den Vorschlag. Die SP ist für Eintreten.

Cornelia Dean, SP: S.3, fragt, was 5‘000.- Beratungskosten bedeuten.

Stadtpräsident Sönke Bandixen erklärt, dass der ABB eine Beratungsstelle ist, im Auftrag der Stadt. Er soll die Ideen der Stadt vom zeitgemässen Wohnen umsetzen. Somit fällt auch Beratungsaufwand zu Lasten der Stadt an. Die Bauberatungsstelle arbeitet im Mandat für Bauherren (Private), Feedback für einzelne Projekte gehen aber auch zurück in die Stadt, das löst Kosten aus und diese gehen an die Stadt.

Beat Leu, Frei Liste, fragt, weshalb 10 Baugesuche aufgeführt sind, da die Zahl ja nicht genau definiert werden kann.
Stadtpräsident Sönke Bandixen erklärt, dass in Stein am Rhein pro Jahr rund 80 Baubewilligungen eingereicht werden, ca. die Hälfte davon in der Altstadt. Das betrifft, Lukarnen, Balken aber auch Neubauten. In dieser Zahl sind kleine und grosse Baugesuche beinhaltet. Die Grössenordnung abzuschätzen ist schwierig, sie beträgt zwischen 20 – 50 pro Jahr.

Nadja Spalinger, parteilos: S. 4; Frage betreffend den 40‘000.-. Heisst das, solange das Mandat besteht, laufen die 40‘000.- ohne dass man weiss, wieviel die Jakob und Emma Windler-Stiftung in den drei Jahren übernimmt?
Stadtpräsident Sönke Bandixen erklärt, dass der Betrag von 40‘000.- nur eine exemplarische Darstellung von möglichen 10 Projekten ist. Er weist darauf hin, dass nicht alle mit diesem ABB arbeiten wollen. Die Jakob und Emma Windler-Stiftung würde ca. 15 Projekte pro Jahr bezahlen. Sofern dieser Betrag pro Jahr überschritten wird, muss der Stadtrat entscheiden, ob der Rest übernommen wird.
Weiteres Vorgehen nach drei Jahren; Es wird sich in 1 – 2 Jahren abzeichnen, ob diese Beratungsstelle den gewünschten Nutzen bringt. Anschliessend muss mit der Jakob und Emma Windler-Stiftung geklärt werden, ob sie weitere Kosten im selben Rahmen übernehmen. Falls dies nicht der Fall ist, kann dieses Versuchsprojekt wieder gestoppt werden.

Nadja Spalinger, parteilos fragt, ob die Entscheidung, das Projekt weiterzuziehen in der Kompetenz des Stadtrates liegt, oder ob diese Entscheidung im Einwohnerrat besprochen wird.
Stadtpräsident Sönke Bandixen erklärt, dass der Einwohnerrat über das Projekt entscheidet und nicht über die Finanzierung. In jedem Fall muss die Jakob und Emma Windler-Stiftung beigezogen werden.

Rene Schäffeler, FDP: S.10 findet das Angebot positiv, hat aber ähnliche Bedenken wie die 3. Fraktion; ein zu komplexer und bürokratischer Ablauf mit wenig Leistungskompetenz
Stadtpräsident Sönke Bandixen bestätigt, dass dieser Eindruck entstehen kann: Weist darauf hin, dass die ABB eine niederschwelliege und einfache erste Anlaufstelle sein soll. Die ABB soll einen ersten Eindruck über das weitere Vorgehen geben. Sie ersetzt keinen Architekten. Sie soll eine Entscheidungshilfe sein. Die ABB kann auf ausdrücklichen Wunsch zusätzliche Aufgaben übernehmen, z.B. direkt mit der Denkmalpflege. Wunsch des Stadtrats ist, nach 10 – 15 Projekte Experten vor Ort zu haben.

Beat Leu, Frei Liste, ist der Meinung, dass gemäss Konzept alles eher aufwändiger wird und dass die Denkmalpflege diese Funktion auch übernehmen könnte.
Stadtpräsident Sönke Bandixen: Die Erfahrung zeigt, dass dem nicht so ist. Es gibt viele Städte, die sehr gut fahren mit diesen Beratern. Zum Beispiel Schaffhausen und Zofingen. Die Bauherren vertrauen den ABB’s. Die Denkmalpflege hat einen

umfassenden Auftrag. Die ABB hat die Möglichkeit, den Ermessenspielraum abzuschätzen. Der Bauherr selber hat keine Chance. Die Denkmalpflege kann, muss aber nicht, zugezogen werden. In der jetzigen Bau- und Nutzungsordnung ist alles im Bereich der Denkmalpflege.

Nadja Spalinger, parteilos, weist darauf hin, dass Sie bei kleineren Umbauten eine sehr gute Zusammenarbeit hatte mit der Denkmalpflege und diese versucht hatten, alles gemäss Wunsch zu realisieren. Sie ist der Meinung, dass die ABB nicht mehr realisieren kann, da in letzter Instanz alles über die Denkmalpflege geht.
Stadtpräsident Sönke Bandixen erwidert, dass es auch andere Beispiele mit neun Monaten Verzögerung gibt. Der ABB ist ein freiwilliges Angebot.

Cornelia Dean, SP, findet, dass es ein Versuch wert ist. Pkt. 3.3. Dossier sollte nicht so umfangreich sein, schreckt ab, das sollte angepasst werden.
Stadtpräsident Sönke Bandixen nimmt das zur Kenntnis und dankt für den Hinweis.

Ruedi Vetterli, parteilos, ist der Meinung, dass die Belebung der Altstadt immer wieder ein Thema war, mit der ABB kann etwas bewegt werden. Das Projekt sollte umgesetzt und Erfahrungen können gesammelt werden.

Gian Luca Marchetto, SVP, kann viele Beispiele mit schlechter Erfahrung mit Denkmalpflege nennen. Sieht die ABB als gute Chance, eine neutrale Instanz die einen ersten Eindruck geben kann. Er empfiehlt, den Versuch zu machen.

Rene Schäffeler, FDP: S. 12, 4.3 findet, dass ein Jahresbetrag abgeschlossen werden sollte, da zu viele Unsicherheiten vorhanden sind. Er schlägt vor, das Projekt drei Jahre zu unterstützen, aber keinen Vertrag über drei Jahre abschliessen.
Stadtpräsident Sönke Bandixen erwidert, dass es keinen Anstellungsvertrag gibt. Zwei bis drei Bauherren warten und einige Fachleute sind an diesem ABB Vertrag interessiert, mit drei Jahren Begrenzung. Es gibt keine Konkurrenzklausel oder Auftragspflicht. Diesen Vertrag kann man jeden Tag stoppen.

Werner Käser, FDP, fragt, ob der Mandatsvertrag in der Kompetenz des Stadtrates ist.
Stadtpräsident Sönke Bandixen erklärt, dass der Mandatsvertrag in der Kompetenz des Stadtrates ist. Er ist in kürzester Zeit kündbar und hat keine Verpflichtungen.

Jörg Derrer SP, schlägt vor, dass die Baukommission mit dem Stadtrat die Inputs nochmals besprechen kann.
Sönke Bandixen, Stadtpräsident, empfiehlt dieses Vorgehen.

Antrag dritte Fraktion: Rückweisung zur Überarbeitung:
Ergebnis: 5 Stimmen, Gegenmehr: 7, Enthaltungen keine. Der Antrag wird zurückgewiesen.

Abstimmung zum Antrag Punkt1:
Ergebnis: 7 Ja Stimmen, 4 Nein Stimmen, 1 Enthaltung. Der Antrag wird angenommen.

Abstimmung zum Antrag Punkt 2:
Ergebnis: 8 Ja Stimmen, 3 Nein Stimmen, 1 Enthaltung. Der Antrag wird angenommen.

Mitteilung an
mit Protokollauszug:
- Einwohnerrat, Präsident, Jörg Derrer, Bockrain 6, 8260 Stein am Rhein
- GPK, Karina Bänninger, Undergass 22, 8260 Stein am Rhein
- Ablage Ordner Stadtkanzlei
- Ablage

INNERES, Einwohnerrat, Einwohnerrat 03.20.000

ERZIEHUNG, Schulbehörden, Schulbehörde 01.10.000

13. Antrag auf Erhöhung der Entschädigung für das Schulpräsidium

Der Schulpräsident Ruedi Rüttimann ist für Fragen anwesend.

Stadtpräsident Sönke Bandixen: Das Schulpräsidium ist eine vom Volk gewählte Exekutivbehörde. Der Schulpräsident führt die Schulbehörde, welche finanziell rund 45 % der Stadt ausmacht, mehr als jedes andere Referat der Stadt. Eine Präzisierung zum Antrag: der Antrag erweckt den Eindruck, dass die Behörde die 22‘000.- beantragt hat. Die Schulbehörde hat drei Varianten vorgeschlagen, der Stadtrat hat sich für die vorliegende Pauschallösung entschieden.

Eintreten:

Beat Leu, Freie Liste, hat aus der dritten Fraktion folgende Fragen: Welche Leistung darf man bei einer Erhöhung der Entschädigung erwarten? Wieso wird jetzt die Erhöhung der Entschädigung beantragt und nicht dann, wenn das neue Schulmodel mit der Schulzusammenarbeit im oberen Kantonsteil eingeführt ist? Wird mit dem neuen Schulmodell die gesamte Organisation Schule (Schulpräsidium, Schulleitung, Behörde, etc.) neu analysiert inkl. der Entschädigungen? Die dritte Fraktion ist der Meinung, dass sofern der Aufwand des Präsidenten angestiegen ist, er auch entsprechend entschädigt werden soll. Die dritte Fraktion ist für Eintreten.

Rene Schäffeler, FDP, kann nachvollziehen, dass das Amt des Schulpräsidenten in der aktuellen Situation und Herausforderungen mit der Schulzusammenarbeit im oberen Kantonsteil eine hohe Belastung mit sich bringt.
Er dankt Ruedi Rüttimann herzlich für seinen Einsatz. Die bürgerliche Fraktion ist über den Zeitpunkt des Antrages überrascht. Das Thema vor der Ersatzwahl zur Sprache zu bringen wäre idealer gewesen. Die bürgerliche Fraktion ist der Meinung, dass die Erhöhung hoch ist, die Sekretariatsarbeit der Schulbehörde sollte das Schulsekretariat übernehmen. Die bürgerliche Fraktion ist für Eintreten, wird aber noch einen Änderungsantrag vorbringen.

Ruedi Vetterli, parteilos, erklärt, dass die Entschädigung des Schulpräsidenten heute zu tief ist. Eine Erhöhung ist schon lange fällig.

Rene Schäffeler FDP, weist darauf hin, dass im Kantonsrat die Motion Schöni verabschiedet wurde. Daraus folgt eine Kompetenzverschiebung zwischen Schulbehörde und Schulleitung, welche die Schulbehörde entlasten würde. Der Stadtrat strebt diese Umsetzung auf das Schuljahr 2019/2020 an. René Schäffeler fragt, ob eine zeitlich unbegrenzte Erhöhung sinnvoll ist. Sie stellt daher einen Ergänzungsantrag, dass die Erhöhung vorerst befristet ist, bis die anstehenden Änderungen umgesetzt sind, resp. bis Ende 2019. Zusätzlich ist auch das Besoldungsreglement in Arbeit, in welchem gegebenenfalls bei der gesamten Schulbehörde Anpassungen vorgenommen werden. Er stellt den Antrag, die Erhöhung der Jahrespauschale bis 2019 zu befristen.
Ruedi Vetterli parteilos hat eine Anmerkung zur Motion Schöni: Appenzell und der Kanton Schaffhausen haben als einzige Kantone der Schweiz noch keine offiziell geleitete Schulen. Stein am Rhein hat eine Schulleitung, diese hat aber nicht die gleichen Kompetenzen. Deshalb muss die Behörde immer wieder in operativen Geschäften arbeiten. In der Motion Schöni wird die Behörde vor allem mit Aufträgen der Behörde und nicht des Präsidenten entlastet. Was man mit der Besoldung der Behörde macht, muss nach der Umsetzung der Motion geprüft werden. Gerade in Stein am Rhein wird die Aufgabe des Präsidenten nicht weniger. Mit der Zusammenarbeit mit Ramsen/Buch, als Präsident von zwei Schulen.
Marcel Waldvogel, parteilos, stellt den Antrag, die Entlöhnung der Schulleitung und Behörde nach Umsetzung der Motion Schöni nochmals zu prüfen.

Ruedi Rüttimann, Schulbehördepräsident weist darauf hin, dass die Aufgaben im Antrag zeigen, dass die Motion Schöni sehr wenig Einfluss hat.
Stadtpräsident Sönke Bandixen erklärt, dass wenn Schulen einen Entscheid fällen, aufgrund der Kostenfolge immer ein Antrag an den Stadtrat erfolgt. Das heisst, der Antrag kommt dann auch in den Einwohnerrat. Er weist darauf hin, dass der heutige Antrag nur eine Korrektur der Vergangenheit ist.
Rene Schäffeler, FDP und Marcel Walvogel, parteilos, ziehen die Anträge betreffend Befristung zurück.

Antrag auf Erhöhung der Entschädigung für das Schulpräsidium

Abstimmung wird einstimmig angenommen.

Mitteilung an
mit Protokollauszug:
- Einwohnerrat, Präsident, Jörg Derrer, Bockrain 6, 8260 Stein am Rhein
- GPK, Karina Bänninger, Undergass 22, 8260 Stein am Rhein
- Ruedi Rüttimann, Schulpräsident, Köhlerweid 9, 8260 Stein am Rhein
- Ablage Ordner Stadtkanzlei
- Ablage

INNERES, Einwohnerrat, Einwohnerrat 03.20.000

14. Allgemeine Umfrage

Marcel Waldvogel, parteilos: Stein am Rhein sollte nicht nur als Wohn- und Arbeitsort Vorteile bieten, sondern auch zum Leben. Zum Beispiel beim Hettler Areal. Man kann mehr machen als Wiese und Parkplatz. Er fragt, weshalb wieder Parkplätze für diverse Anlässe gesperrt werden. Für das kantonale Turnfest wurden die entgangenen Parkplatz-Einnahmen verrechnet, wieso kann der Parkplatz während mehrerer Wochen für das Public Viewing gesperrt werden?
Thomas Schnarwiler, Werkreferent: Beim Untertorparkplatz sind max. 54 Plätze betroffen - je nach Spielzeit, tagsüber kann der Platz gebraucht werden. Das Public Viewing wurde dorthin verschoben, um die Anwohner nicht zu stören. Bei der Schiffländi gab es Reklamationen.

Ruth Metzger, SVP: Blumenschmuck im Städtli, Wieso hat es im Untertor keinen Blumenschmuck, könnte das eventuell mit der Arbeitsintegration gelöst werden?
Thomas Schnarwiler, Werkreferent: Wurde von unseren Vorgängern so übernommen. Giessen war zu teuer, da das Wasser jeweils heraufgetragen werden musste. Kann aber wieder geprüft werden.

Baureferent Christian Gemperle macht ein paar Mitteilungen aus der Bautätigkeit der Stadt Stein am Rhein:
Baukredit von Hexenturm und Bürgerasyl wurde verabschiedet. Hexenturm Kreditvorgabe von 445‘000.-, abgeschlossen wurde der Kredit mit 457‘000.-. mit Mehrkosten von 2.7%. Kreditvorgabe Bürgerasyl war 3000‘000.- und konnte mit 287‘000.-, 4,3 % unter Kredit abgeschlossen werden. Auf Burg Hohenklingen laufen noch kleinere Reparaturarbeiten, wir versuchen, die Bauabrechnung noch dieses Jahr abzuschliessen.

Beim Kindergarten Mühlibach laufen die Bauarbeiten nach Plan. Die Fertigstellung ist in der zweiten Juli Woche. Voraussichtlich kann das Budget eingehalten werden. Termin Behördenbegehung wird noch bekannt gegeben. Dieser erfolgt während den Sommerferien.

Alterszentrum:
Einweihungsfest am 22. September 2018.
Submissionen laufen, teils Arbeiten sind schon vergeben, Gesuch beim Kanton wird in sechs Wochen erwartet. Es wird vom Ausschuss eine Informationsveranstaltung an die Bevölkerung geben am 21. August 2018.

Revision der Bau- und Nutzungsordnung:
Es geht um die Harmonisierung der Begriffe, wird im Stadtrat verabschiedet, mit 30 Tage Auflagefrist. Wir planen eine Informationsveranstaltung für die Bevölkerung. Es gibt auch eine Zonenplanänderung der Gewässerschutzräume, genauere Infos folgen.

Stadtpräsident Sönke Bandixen teilt folgende Termine mit:
- 3. Juli 2018: Wirtschaftsapéro mit Thema "Aufbruch zu neuen Ufern"
- 1. August 2018: 1. August-Feier mit Ansprache von Prof. Dr. Giorgio Behr, Unternehmer und Präsident IVS (Industrievereinigung Schaffhausen)
- 24. August 2018: Jungbürgerfeier mit 24 jungen Bürgern mit dem Gesamtstadtrat und Einwohnerratspräsident

Sozialreferentin Corinne Ullmann informiert über folgende Projekte:
- Unicef Label, Vorstellung am Montagabend, 25. Juni 2018.
- Arbeitsintegration: es besteht ein grosser Bedarf. 2 Vorstellungsgespräche sind gelaufen.

Schluss der Sitzung: 23.00 Uhr

Für das Protokoll
Stein am Rhein, 28. Juni 2018

Simone Good